

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 3

Artikel: Die Vereinigten Staaten und die Auflösung des Kolonialsystems
Autor: Sulzbach, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161478>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Vereinigten Staaten und die Auflösung des Kolonialsystems

WALTER SULZBACH

Das Ende des Kolonialsystems

Nicht Jahrhunderte, sondern nur Jahrzehnte sind verflossen, seitdem zahlreiche englische, französische, holländische und andere Kolonien auf unseren Landkarten verzeichnet waren. Die kolonialen Mächte waren stolz auf ihre Kolonien. Sie betrachteten sie als eine der Voraussetzungen ihres eigenen wirtschaftlichen Wohlergehens und waren nicht gesonnen, sich freiwillig von ihnen zu trennen. Heute gibt es fast keine Kolonien mehr, und die Befürworter des Kolonialsystems sind von der Bildfläche verschwunden. Wie ist es möglich gewesen, daß diese beiden Revolutionen, die politische und die gedankliche, sich in so wenigen Jahren durchsetzen konnten? Die wichtigsten Gründe dürften die folgenden sein:

Die farbigen Völker Asiens und Afrikas oder, besser gesagt, ihre europäisch und amerikanisch erzogenen Intellektuellen hatten so etwas wie die Anfänge eines nationalen Gemeinschaftsgefühls erworben und forderten mit wachsendem Nachdruck, daß die demokratischen Ideen, die die weißen Nationen für sich selbst vertraten, auch außerhalb von Europa und Amerika Geltung haben müßten. Es war unmöglich, stichhaltige Argumente gegen dieses Verlangen ins Feld zu führen.

Viele junge Männer aus den Kolonien hatten sich im Zweiten Weltkrieg militärische Kenntnisse angeeignet. Sie hatten eine so vorzügliche Taktik der Revolution und des Guerillakrieges teils gelernt, teils selbst entwickelt, daß eine fanatische Gruppe von Aufständischen in ihrem Heimatland das Zehnfache an europäisch geführtem, regulärem Militär jahrelang festhalten konnte, ohne daß die Aussicht bestand, die fraglichen Kolonien je wieder zu pazifizieren. Nachdem den Kolonien, manchmal nach entsetzlichen Opfern an Gut und Blut, ihre Unabhängigkeit zugestanden worden war, zeigte sich, daß die einstigen Kolonialmächte zu ihrer eigenen Überraschung besser dran waren als zuvor. Die Marxisten hatten der Welt in einer Flut von Schriften vorausgesagt, daß der europäisch-amerikanische Kapitalismus zugrunde gehen müsse, wenn er seine überseeischen Kolonien und Protektorate nicht mehr ausbeuten könne — und nun stellte sich heraus, daß in England, Frankreich, Belgien, Holland und Japan der Lebensstandard der Bevölkerung durch den Verlust der Kolonien überhaupt nicht berührt worden war. Nationalistische Politiker und Gelehrte hatten immer wieder «bewiesen», daß nur Kolonien den Zugang zu Rohstoffen und Märkten für den heimischen Export garantieren könnten —

und nun importierten und exportierten die betroffenen Völker nach der kolonialen Amputation genau so gut wie zuvor. Alles das *hätte* man allerdings schon viel früher und ohne die schmerzlichen Erfahrungen der Jahre seit 1945 wissen können, und es gab nicht wenige Nationalökonomen, besonders in England, die diese Entwicklung vorausgesagt hatten. Man hatte nicht auf sie gehört. Es wirkt geradezu grotesk, wenn die Annalen berichten, daß im Jahre 1798 eine französische Regierung den damaligen General Bonaparte mit einem Expeditionskorps nach Ägypten sandte, um England durch die Besetzung von Ägypten den Zugang nach Indien zu erschweren und Englands Reichtum auf diese Weise zu zerstören. Wenige 13 Jahre später konnte der englische Nationalökonom MacCulloch feststellen, daß der viel beneidete und viel geschmähte Handel Englands mit Indien ungefähr den gleichen Umfang hatte wie der englische Handel mit Jersey und der Isle of Man.

Die Auflösung des Kolonialsystems hat aber auch neue Probleme geschaffen, die in der Zukunft wahrscheinlich zu sehr viel Kopfzerbrechen führen werden. Solange es Kolonien gab, verwalteten die kolonialen Mächte die Gebiete, die sie erobert oder durch Verträge mit einheimischen Herrschern mehr oder minder friedlich erworben hatten, und jede Macht teilte ihre eigenen Kolonien nach ihrem eigenen Gutdünken in Verwaltungsbezirke ein. Aus diesen ganz willkürlich gezogenen Eroberungs- und Verwaltungsgrenzen, die mit den noch viel zahlreicheren und außerdem ganz unbestimmten Stammesgrenzen in keiner Weise zusammenfielen, sind die «Vaterländer» der «neuen» Nationen entstanden, und es ist nicht weiter verwunderlich, daß die Führer dieser Nationen in vielen Fällen jetzt schon auf Grund heimischer Traditionen oder europäischer Forschungen Gebiete verlangen, die ihren Nachbarn zugesprochen worden sind. Es ist schwer einzusehen, warum die Einwohner des ganz irrational abgegrenzten einstigen belgischen Kongo eine legitime «Nation» sein sollen, die Bewohner der Provinz Katanga dagegen nicht; wie das südamerikanische Guyana die Heimat einer «Nation» sein soll, wenn die indianische Urbevölkerung dort nur noch mit 5 Prozent in der Gesamtbevölkerung vertreten ist und diese sich zu 80 Prozent aus den Nachkommen asiatischer Inder zusammensetzt, die als «indentured labour», unter kollektiven Arbeitsverträgen, importiert wurden, und afrikanischen Negern, deren Vorfahren Sklaven waren; oder was man von der «Nation» halten soll, deren Delegierte in den Vereinigten Nationen für Zypern sprechen, solange auf dieser Insel die griechische Majorität sich den festländischen Griechen zugehörig fühlt und die türkische Minorität froh wäre, wenn sie von der Türkei annexiert würde.

Amerikanische Gegnerschaft

In England und Frankreich war die Gegnerschaft gegen das Kolonialsystem früher keine Weltanschauungsfrage. In den Vereinigten Staaten ist sie das immer gewesen.

Die ursprünglichen 13 Kolonien, die im 18. Jahrhundert gegen England revoltiert und sich dann als die Vereinigten Staaten von Amerika zusammengeschlossen hatten, waren 13 koloniale Verwaltungsdistrikte gewesen. Ihre Revolution war die erste koloniale Revolution der neueren Geschichte. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 hatte das Recht der nationalen Selbstbestimmung als ein allgemeines und überall gültiges Prinzip proklamiert. Die amerikanische Revolution hatte einem König den Gehorsam aufgesagt und einen gewählten Präsidenten an dessen Stelle gesetzt. Im amerikanischen Unterricht und dadurch im Bewußtsein des durchschnittlichen Amerikaners spielt heute noch der Glaube des 18. Jahrhunderts eine Rolle, daß der Mensch im Grunde gut ist, falsche Institutionen ihn verderben und Könige nur herrschen können, wo sie sich auf Gewalt und Aberglauben stützen können. Wenn nur alle Völker frei wären und wenn sie sich ihre eigenen Herrscher frei wählen könnten, dann würde es ihnen gar nicht in den Sinn kommen, ihre Nachbarn anzugreifen. In diesem Sinne konnte noch während des Ersten Weltkriegs Walter Hines Page, der amerikanische Botschafter in England, schreiben: «In keinem Land auf Erden, wo sich die Menschen eine Regierung nicht ohne einen König vorstellen können, gibt es friedliche Sicherheit, noch kann es sie geben. Daß eine Demokratie, ohne provoziert worden zu sein, auf Eroberungen ausgehen sollte, ist unvorstellbar.» Diese Behauptung kommentierte der bekannte anglikanische Geistliche Ralph Inge mit den Worten: «Es dürfte sich empfehlen, einen Mexikaner, Spanier, Philippino oder Japaner zu fragen.»

Die übliche amerikanische Auffassung, daß die Vereinigten Staaten berechtigt seien, die Einrichtung von Kolonien besonders scharf zu verdammen und sie sich dabei auf ihre eigene Geschichte berufen dürfen, ist tatsächlich unhaltbar.

Erstens sind die modernen kolonialen Revolutionen in Asien und Afrika etwas ganz anderes gewesen als der Aufstand der nordamerikanischen Kolonien im 18. Jahrhundert. Die intellektuellen und politischen Führer der farbigen Kolonialvölker und der Araber waren sich in vielen Fällen darüber klar, daß die Berufung auf die wirtschaftliche «Ausbeutung» der Kolonien stark übertrieben worden war und die neuen Nationen nach der Erringung ihrer Unabhängigkeit möglicherweise ärmer als zuvor sein würden — wie das leider inzwischen auch fast überall der Fall ist. Was den fanatischen Haß der Führerschichten erregte, war die soziale Mißachtung, die ihnen als Farbigen die Weißen und als Mohammedanern die Christen zuteil werden ließen und die sie besonders stark empfanden, wenn sie an europäischen oder amerikanischen Universitäten studierten. Die Amerikaner europäischer Herkunft waren nie etwas anderes als überseeische Engländer und wurden nicht mißachtet. Sie verfügten über ein Ausmaß von Selbstverwaltung, das im gesamten kontinentalen Europa damals fast nirgends vorhanden war. Wenn Benjamin Franklin vor

dem englischen Parlament Auskünfte über die Kolonien gab, wurde er mit der größten Achtung angehört. Die korrekte Analogie zu den modernen Kolonialrevolten wäre das Verlangen der indianischen Bevölkerung, daß die gesamten Weißen nach Europa zurückkehren und den Mohikanern, Senecas, Sioux usw. Nordamerika zurückgeben sollten. Es hat allerdings auf dem Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten immer nur sehr wenige Indianer gegeben. Im Zeitalter der Entdeckungen wahrscheinlich höchstens eine Million, und heute zählen sie nur noch nach Hunderttausenden. Aber in einigen südamerikanischen Ländern, wie Bolivien und Peru, übertrifft die Urbevölkerung die Weißen heute noch numerisch, und in diesen Ländern wäre eine Parallele zu der nordafrikanischen Abschüttlung der französischen Herrschaft mit nachfolgender Abwanderung immerhin theoretisch vorstellbar. Die in Frage kommenden Länder würden dann ohne Zweifel in ein vollkommenes Chaos verfallen, und die Vereinigten Staaten würden alles tun, um diese Art von Rückkehr zur vorkolonialen Vergangenheit zu verhindern.

Zweitens ist es in diesem Zusammenhang von einem Interesse, wie der Begriff der «Kolonie» definiert und was als Kolonie angesehen wird. Man hat hierbei die Wahl zwischen zwei verschiedenen Gesichtspunkten, von denen man den einen den geographischen, den anderen den menschlich-psychologischen nennen könnte.

Der geographische ist der übliche. Als Kolonie gilt *überseeischer* Besitz. Provinzen, die auf der gleichen Landmasse gelegen sind, werden nicht als Kolonien angesehen, auch nicht da, wo ihre Einwohner Eroberern aus anderen Landesteilen gehorchen müssen. Unser Denken ist in diesem Punkt primitiv-anschaulich. Es erscheint uns zum Beispiel «natürlicher», daß England und Schottland zusammengehören, als daß Irland zu England und Schottland gehört: zwischen Großbritannien und Irland liegt ein Meer. Es erscheint uns weniger natürlich, daß der nordamerikanische Kontinent zu England oder der südamerikanische Kontinent zu Spanien gehören soll, als daß das europäische Rußland und Sibirien zusammengehören und ebenso die amerikanischen Siedler am Atlantischen Ozean und jene am Stillen Ozean.

Zu dieser Einstellung verleitet uns die Geographie. Aber die menschliche Seite sieht anders aus. Wenn bestimmte Gruppen von Menschen von anderen Gruppen unterworfen und zum Gehorsam gezwungen werden, dann ist es ihnen völlig gleichgültig, ob ihre neuen Herren auf dem Landweg oder auf Schiffen angekommen sind. Die Georgier und Armenier und die Hirtenstämme Sibiriens wurden genau so ungern von den Russen oder den Türken unterworfen wie die Aschantis von den Engländern oder die nordafrikanischen Araber und Berber von den Franzosen. Es war für die slawischen Preußen im Mittelalter genau so schmerzlich, der Ausrottung durch die Deutschen zu verfallen, wie den Tasmaniern, als ihnen die von weither gekommenen Holländer das gleiche Schicksal bereiteten. Aber da «Kolonien» nun einmal als überseeische

Besitzungen definiert werden, fällt es Völkern, die sich wie die Amerikaner, die Russen und die Chinesen auf dem Landweg ausgebreitet haben, leicht, das überseeische «Kolonialsystem» zu verurteilen.

In dieser Hinsicht sind die Russen vom Glück besonders begünstigt gewesen. Im krassen und geradezu unglaublichen Widerspruch mit der Tatsache, daß seit dem Zweiten Weltkrieg die westeuropäischen Völker fast ihre gesamten Kolonien geräumt haben, während Sowjetrußland sich mit einem Wall abhängiger Nachbarn umgeben und dadurch vergrößert und militärisch gestärkt hat, sprechen die Führer der neuen afrikanischen und asiatischen Nationen noch immer vom europäischen «Kolonialismus» und vom amerikanischen «Imperialismus» und richten nicht die gleichen Vorwürfe nach Moskau. Ausgehend von dem kleinen Fürstentum Moskau hat sich Rußland durch einfache Verlagerung ausgedehnt. Außerdem verlangt die historische Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß auch unter den Zaren rassenmäßig Toleranz bestand. Die Mongolen, die dem russischen Reich zufielen, wurden nie als Menschen «niederer» Herkunft behandelt.

Die Expansion der Vereinigten Staaten

Jede Nation legt sich ihre Geschichte so zurecht, wie ihr dies am besten gefällt. Französische Historiker lassen ihre einstigen Dynastien von den Kapetingern an durch ihre Diplomatie, Heiraten und Kriege genau dasjenige Frankreich herstellen, das ihren demokratischen Nachfolgern «natürlich» erscheint. Deutsche und italienische Historiker sprechen von der «uralten» Sehnsucht ihrer Völker nach nationaler Einigung und nationalen Staaten, obwohl noch vor 200 Jahren derartige Vorstellungen und Wünsche so gut wie überhaupt nicht existierten. Bürger der Vereinigten Staaten erfreuen sich an der Idee, daß die auswärtige Politik ihres Landes von vornherein friedlich und antiimperialistisch und damit grundsätzlich verschieden von den Traditionen Europas gewesen sei. Aber wenn man unter «Imperialismus» das versteht, was man darunter korrekterweise verstehen sollte: die Tendenz eines Staates, sein Herrschaftsgebiet zu erweitern, dann haben die Vereinigten Staaten vom Tage ihrer Gründung an zu den imperialistischen Mächten gehört, und diese Tatsache ist nur dadurch verdeckt worden, daß sich ihre Expansion hauptsächlich (aber nicht ausschließlich) kontinental und nicht überseeisch abgespielt hat.

Die 13 nordamerikanischen Kolonien wurden noch von London aus regiert, und ihre Unabhängigkeitserklärung lag noch 25 Jahre in der Zukunft, als sich Benjamin Franklin, damals noch ein treuer Untertan seines Königs, in einer Schrift, die Malthus später gebilligt haben würde, mit der Vermehrung der menschlichen Rasse befaßte. Er nahm an, daß sich die Bevölkerung der Kolonien alle 25 Jahre verdoppeln und neue Gebiete benötigen würde. Er wandte

sich, nicht etwa schon als freier Amerikaner, sondern noch als britischer Patriot, an seinen König, als er seine Überzeugung aussprach, daß ein Fürst, «der entweder ein neues Territorium erwirbt, das er unbewohnt vorfindet, oder aber, um seinem eigenen Volk Raum zu verschaffen, die dortigen Eingeborenen beseitigt, verdient, als der Vater seines Volkes in der Erinnerung weiterzuleben». Jeder Machtzuwachs, den sich das «British Empire» erringen könne, sei zu begrüßen. Zehn Jahre später, im Jahre 1761, riet Franklin, immer noch als britischer Untertan, Kuba und Mexiko zu annexieren und Spanien ein für allemal aus Westindien zu vertreiben.

Dann kam der Konflikt mit England (in erster Linie eine Steuerkontroverse) und der Abfall der 13 Kolonien. An die Stelle der Anhänglichkeit an England trat ein neuer, nunmehr rein amerikanischer Patriotismus. Aber die Ausdehnung des neuen Staates vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean stand noch bevor, und der vormalig britisch orientierte Imperialismus lebte weiter und verstärkte sich in neuer Gewandung. Im Jahre der Unabhängigkeitserklärung (1776) erklärte ein führender Bürger von South Carolina: «Gott der Allmächtige hat unsere Generation dazu bestimmt, das amerikanische Imperium (American Empire) zu errichten¹.»

«Die Vereinigten Staaten», schreibt Van Alstyne, «sind von Natur ein imperialistisches Machtgebilde. Als ein Imperium sind sie konzipiert worden; und ihre Entwicklung von einem schwachen Staat an einer langen, feindlichen Angriffen ausgesetzten Küste im Jahre 1789 zu einer Weltmacht, die so viele Verpflichtungen übernommen hat, daß sie in ihrer Universalität die Erinnerung an Rom wachrufen, ist typisch gewesen für die Art und Weise, wie sich jedes Imperium entwickelt.»

Im Jahre 1823 gab der damalige amerikanische Präsident James Monroe eine Erklärung ab, die als «Monroe Doctrine» bekannt geblieben ist und seit 140 Jahren zum festen Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik gehört. Damals war der König von Spanien, den eine Revolution vertrieben hatte, von einer französischen Armee im Auftrag der Heiligen Allianz wieder in seine Rechte eingesetzt worden. In den mittel- und südamerikanischen spanischen Kolonien kämpften immer noch einige spanische Soldaten gegen die Revolutionen der Einheimischen, die um diese Zeit fast überall gesiegt hatten. Es bestand die Möglichkeit, daß die Heilige Allianz es als ihre Aufgabe ansehen könnte, die Souveränität des spanischen Königs auch in Amerika wiederherzustellen. In diesem Zusammenhang gab Monroe die Erklärung ab, daß die amerikanischen Kontinente in Zukunft nicht mehr «ein Gegenstand der Kolonisation seitens europäischer Mächte» sein dürften. Jeden derartigen Versuch

¹ Die beste Darstellung dieser Vorgänge findet sich bei dem amerikanischen Historiker Richard W. Van Alstyne: «The American Empire», London 1960; «The Rising American Empire», New York 1960.

würden die Vereinigten Staaten als einen «unfreundlichen Akt» ansehen, «der ihren eigenen Frieden und ihre Sicherheit gefährden würde».

Die Monroe-Doktrin war eine einseitige Erklärung. Hätte ein König von Frankreich eine ähnliche Proklamation erlassen, dann hätte sie mit den Worten geendet: «Car tel est notre bon plaisir.»

Zwanzig Jahre vor seiner Wahl zum Präsidenten hatte sich Monroe, wie vor ihm Franklin, mit dem Problem der zukünftigen Überbevölkerung der Vereinigten Staaten befaßt und von der Zeit gesprochen, «da unsere rasche Vermehrung unsere Grenzen überflutet und den ganzen nördlichen, wenn nicht sogar den südlichen Kontinent mit Menschen bedecken wird, die die gleiche Sprache sprechen und ähnlich regiert werden». Was aus den nicht-angelsächsischen Bewohnern Nord-, Mittel- und Südamerikas werden sollte, schien ihm kein Kopfzerbrechen zu verursachen.

Der Begriff des «Lebensraums» mag deutsch sein, aber die Rücksichtslosigkeit, der ähnliche Konzeptionen in der Politik gedient haben, ist nicht nur deutsch gewesen.

Die Ära Theodore Roosevelts

Unter allen amerikanischen Präsidenten war Theodore Roosevelt (1901—1909) am ausgesprochensten imperialistisch. Wie viele Menschen seiner Generation war er von den Ideen des Sozialdarwinismus beeinflußt. Er glaubte an höhere und niedere Rassen und war ein Anhänger der Lehren des Admirals Mahan, der ein Buch über die Bedeutung der Beherrschung der Meere in der Geschichte geschrieben hatte. Wie weit Roosevelt gehen konnte, zeigt eine Äußerung, in der er jeden Europäer «unverschämt» (impertinent) nannte, «er sei Papst, Kaiser, Zar oder Präsident», der es wage, «an einem Amerikaner Kritik zu üben wegen irgend etwas, was dieser getan oder unterlassen habe, im Zusammenhang von Streitfragen, die zwischen Amerika und anderen Völkern schweben». Das war etwas milder und weniger kriegerisch, aber in der Sache nicht so sehr verschieden von der Rede, die Wilhelm II. im Jahr 1900 hielt, als ein deutsches Expeditionskorps nach China gesandt wurde, um als ein Teil einer internationalen Truppe den dortigen Boxeraufstand niederzuwerfen und die Ermordung des deutschen Gesandten in Peking zu rächen: «Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht haben, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre durch Euch in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.»

Roosevelt gab der Monroe-Doktrin eine eigenartige Erweiterung. Es kam nicht selten vor, daß ehemalige spanische Kolonien oder eine ehemals franzö-

sische Kolonie wie Haiti ihre Zahlungen einstellten und zu ihren Gläubigern auch Europäer gehörten. Da die Möglichkeit bestand, daß die europäischen Länder in solchen Staaten Truppen landen könnten, um die Forderungen ihrer Bürger einzutreiben — Mexiko und Venezuela zum Beispiel hatten derartiges erlebt —, stellte sich Roosevelt auf den Standpunkt, dies müsse unter allen Umständen verhindert werden, und es sei das Recht und die Pflicht der Vereinigten Staaten, europäischen Eingriffen vorzukommen, eigene Truppen in die säumigen Länder zu schicken und ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Auf diese Weise kamen auch nach der Ära Roosevelt Staaten wie die Dominikanische Republik, Haiti und Nicaragua dazu, amerikanische Marinesoldaten («marines») längere Zeit beherbergen zu müssen. Die Erinnerung an die Unterstützung der amerikanischen Diplomatie durch die «marines» erklärt noch heute einen Teil der Abneigung, die die lateinamerikanischen Staaten ihrem unerbetenen Protektor gegenüber empfinden.

Dollardiplomatie?

Es ist oft gesagt worden, die Vereinigten Staaten hätten Nicaragua und die anderen schon erwähnten schwachen Staaten zeitweise besetzt, um sie zugunsten ihrer heimischen Kapitalisten «auszubeuten». Diese Behauptung ist absurd. Militärische Aktionen kosten Geld. Keine demokratische Regierung kann eine aggressive Außenpolitik treiben um einer Handvoll reicher Leute willen, wenn sie nicht die Volksvertretung und das Gros der Bevölkerung hinter sich weiß — und diesen sind andere Dinge wichtiger als die gefährdeten Investitionen einiger Kapitalisten. Wenn man die Bevölkerung der Vereinigten Staaten mit jener des winzigen Haiti vergleicht und den Wohlstand des durchschnittlichen Amerikaners mit der entsetzlichen Armut Haitis oder Nicaraguas, dann erhellt ohne weiteres, daß das wirtschaftliche Motiv bei diesen Expeditionen nur eine ganz untergeordnete Rolle gespielt haben kann. Das gleiche trifft zu für die Annexion der Philippinen und Puerto Ricos nach dem Sieg über Spanien 1898 und für die Besetzung von Okinawa und die treuhänderische Verwaltung zahlreicher Inseln im Stillen Ozean seit dem Zweiten Weltkrieg. 1898 wurde auch Hawaii annektiert. Den zeitweise besetzten Republiken bekam die amerikanische Verwaltung nicht schlecht. Ihre Finanzen wurden in Ordnung gebracht und ihre korrupten Verwaltungen verbessert. In allen Kolonien, die die Vereinigten Staaten gehabt haben, oder die, wie heute Puerto Rico, volle Selbstverwaltung genießen, hat sich der durchschnittliche Wohlstand weitaus günstiger entwickelt als in ähnlichen Ländern, die sich selbst überlassen blieben. Puerto Rico ist heute geradezu ein amerikanisches Ausitägeschild. Es ist den Einwohnern dieser Insel freigestellt worden, sich unabhängig zu erklären. Die Majorität der Stimmberechtigten hat das abgelehnt.

Zu Beginn der dreißiger Jahre stellte der amerikanische Gouverneur der Philippinen fest, daß der Lebensstandard der Philippinen 300 Prozent höher lag als in den benachbarten asiatischen Ländern.

Als die Vereinigten Staaten noch die Philippinen besaßen, gingen nach allen amerikanischen «Territorien» («Kolonien») haben nur die europäischen Staaten) nur 6,5 % der amerikanischen Ausfuhr. Auf den Philippinen und in Puerto Rico waren im Jahre 1943 zusammen nur 2,5 % aller auswärtigen amerikanischen Kapitalanlagen investiert.

Der Panamakanal wurde aus strategischen Gründen gebaut, Hawaii aus strategischen Gründen erworben, und aus dem gleichen Motiv stammen die ursprüngliche und die erweiterte Monroe-Doktrin und die Bevormundung der westindischen Staaten mit Einschluß von Kuba.

Wirtschaftliche Motive haben eine wirkliche Rolle gespielt, zwar nicht bei der Erwerbung der Philippinen, wohl aber bei ihrer Befreiung. Die Vereinigten Staaten haben ihren «Territorien» immer völlig freien Zutritt zu den kontinentalen amerikanischen Märkten gewährt. Zölle wurden von ihnen nicht erhoben. Dies war für die Wirtschaft der Philippinen ein so wertvolles Aktivum, daß die intelligentesten philippinischen Politiker großen Wert darauf legten, daß ihr Land sich nie restlos von den Vereinigten Staaten abtrennen dürfe. Auf dem Festland dagegen gab es agrarische Interessen, die unter der kolonialen Konkurrenz zu leiden hatten. So erklärte zum Beispiel ein Senator aus Alabama 1929: «Die Philippinen hängen wie ein Mühlstein um den Hals unserer amerikanischen Produzenten von Baumwolle, Erdnüssen, Bohnen und Getreide. Wir sollten ihnen ihre Unabhängigkeit auf der Stelle geben und sollten sie so schnell wie möglich los werden.» Im Jahre 1934 wurde denn auch beschlossen, daß die Inseln in 10 Jahren unabhängig werden sollten. «Der Unabhängigkeitsbeschuß von 1934», urteilt Van Alstyne, «der der Welt damals und seither immer wieder als ein musterhaftes Beispiel freiwilligen Verzichtes vorgehalten worden ist, stammte zu 90 Prozent aus dem zynischen Verlangen amerikanischer Produzenten, die Philippinos vom amerikanischen Markt auszuschließen — und das ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf die Verluste, die den Philippinos dadurch zugefügt wurden.»

Souveränität aller Nationen oder Unverwundbarkeit der Vereinigten Staaten?

Vom 16. bis in das 20. Jahrhundert hinein sind viele Kriege um den Besitz von Kolonien geführt worden. Einer der letzten war der Feldzug Mussolinis gegen Abessinien 1935/36, den der Völkerbund durch die Verhängung von Sanktionen gegen Italien vergeblich zu verhindern suchte. Zur Zeit des Merkantilismus waren die Völker der Meinung, daß Kolonien einen großen wirtschaftlichen Wert hätten, wenn man den Handel mit ihnen monopolisiere und andere

Staaten von ihm ausschließe. Dies führte zu vielen teuren und blutigen Konflikten. Der Glaube an den Wert des monopolisierten Handels wurde dann von Adam Smith und seiner Schule untergraben, und im 19. Jahrhundert war bis in die siebziger Jahre hinein die Überzeugung durchgedrungen, daß Kolonien kein Aktivum, sondern eine finanzielle Belastung seien. Das änderte sich erst wieder, als in Europa die Periode des überwiegenden Freihandels ein Ende fand und eine neue Welle des Protektionismus einsetzte. Jetzt regte sich in vielen Ländern die Überzeugung, falls andere Staaten Kolonien erwerben und ihren Handel und ihre Investitionschancen monopolisieren sollten, man gut daran tue, sich eigene Kolonien zu sichern. Dies war allerdings nicht das einzige Motiv für das neu erwachte Wohlgefallen an Kolonien. Einflüsse von Missionären und abenteuernder Staatsangehöriger, die in barbarischen Ländern um den Schutz ihrer eigenen Regierung ersuchten, und die allgemein verbreitete imperialistische Freude an Landbesitz waren weitere sehr wichtige Faktoren. Als Ergebnis dieser Situation konnte Lord Curzon erklären, das britische Weltreich sei für die gesamte Menschheit die segensreichste Institution, die es je gegeben habe; laut Leroy-Beaulieu musste Frankreich eine große Kolonialmacht sein, wenn es nicht im Rat der Völker eine so unbedeutende Rolle wie etwa Griechenland spielen wollte; und im Deutschen Reich begeisterte man sich für den «deutschen Gedanken in der Welt».

Heute führen die Völker keine Kriege mehr wegen überseeischer Kolonien. Sie haben auf ihre Imperien verzichtet und nichts dadurch verloren. Aber die früheren Kolonialmächte, mit Einschluß der Vereinigten Staaten, haben ihre einstigen souveränen Rechte nicht in allen Fällen restlos aufgegeben. Sie sind sich dessen bewußt geblieben, daß es auch in der Zukunft noch Kriege geben kann. Die Nationen des Westens werden zwar keine Kriege mehr um Kolonien führen, aber sie wissen, daß in den ehemaligen Kolonien gewisse militärische Stützpunkte von großem Wert sein können, wenn aus irgendwelchen Gründen neue Kriege ausbrechen sollten. Es werden nicht mehr Kriege um Kolonien geführt, aber gewisse Reste der einstigen Kolonialherrschaft haben einen strategischen Wert im Hinblick auf mögliche künftige Kriege.

Ein ähnlicher Vorgang hat sich schon einmal zu Beginn des 19. Jahrhunderts abgespielt. Im Verlauf der napoleonischen Kriege, als ein Bruder Napoleons in Holland regierte, hatte England den ganzen Kolonialbesitz der Niederlande an sich genommen. Aber in den Wiener Friedensverträgen wurde das reiche Indonesien den Holländern zurückstattet, und England behielt außer dem vormalig holländischen Ceylon nur das Kap der Guten Hoffnung, und zwar aus militärischen Gründen, weil es auf dem Weg nach Indien lag. England behielt auf Grund der gleichen Erwägungen Helgoland, Malta, Mauritius, Gibraltar und ein Protektorat über die Ionischen Inseln. Das war die Zeit der Pax Britannica, des Glaubens an den Freihandel und des Zweifels am wirtschaftlichen Wert der Kolonien. Rein strategischen Wert haben heute für Eng-

land Gibraltar, Aden, Singapur und zwei Stützpunkte auf der unabhängig gewordenen Insel Zypern. Malta hat an Wert verloren. Die gleiche Bedeutung haben für Frankreich, solange sie zu halten sind, Bizerta in Tunesien und Mers-el-Kebir in Algerien, für die Vereinigten Staaten Stützpunkte auf den Philippinen, Hawaii und Guam, der Panamakanal, Okinawa und die Bucht von Guantanamo auf Kuba. Es steht jedermann frei, diese Art von Kolonialbesitz «Imperialismus» zu nennen und zu glauben, daß sie der wirtschaftlichen Ausbeutung fremder Völker diene. Aber wahr ist das Gegenteil: sie kosten Geld und werden, wie alles, was für die nationale Verteidigung unternommen wird, aus Steuern finanziert.

Was bedeutet es unter solchen Umständen, daß nach der ehrlichen Überzeugung des durchschnittlichen Amerikaners die Vereinigten Staaten erklärte Feinde des Kolonialsystems und der kolonialen Bevormundung sind und kompromißlos für das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung aller Völker einreten? Die Antwort auf diese Frage lautet, daß die Vereinigten Staaten genau so handeln wie die anderen großen Demokratien: sie treten für die Freiheit aller Völker ein, aber an erster Stelle kommt ihre eigene nationale Sicherheit, und wo die beiden Prinzipien einander zuwiderlaufen, ist ihnen das Hemd näher als der Rock.

Gebildete Amerikaner wissen natürlich, daß die amerikanische «Idee» in der amerikanischen Geschichte nicht immer in voller Reinheit verwirklicht worden ist. Aber in diesem Punkt verhalten sich auch in anderen Nationen die führenden Schichten ähnlich wie die meisten modernen Theologen. Diese lassen alles, was ihnen in ihren heiligen Schriften unhaltbar oder anstößig erscheint, unter den Tisch fallen und betonen diejenigen Teile, die sie als richtig und moralisch wertvoll ansehen. Auf diese Weise entstehen dann das «wahre» Christentum, das «wahre» Judentum, der «ewig wertvolle Kern» des Islams usw. Genau so machen es die nationalen Patrioten. Das «wahre» Frankreich soll nicht Vichy, sondern de Gaulle sein, das «wahre» Deutschland nicht Hitler, sondern Goethe. Und die «wahre» Idee, für die Amerika einsteht, findet sich nicht in der Geschichte seiner Ausdehnung und der Bevormundung benachbarter Nationen, sie tritt vielmehr in den Worten der ursprünglichen Unabhängigkeitserklärung zutage, «daß alle Menschen gleich geschaffen sind, ihr Schöpfer ihnen gewisse unveräußerliche Rechte verliehen habe und zu diesen Rechten Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören».

Alle diese «Ideen» haben in der Geschichte eine Rolle gespielt, aber sie haben nie und nirgends das Feld allein beherrscht. Das alte absolutistische Rußland der Zaren ist manchmal beschrieben worden als «le despotisme tempéré par l'assassinat». In ähnlicher Weise wurde von der englischen Verfassung gesagt, sie sei «democracy tempered by snobbishness». Man könnte sagen, das amerikanische Ideal für die Organisation unserer Staatenwelt sei die volle Freiheit und Unabhängigkeit aller Nationen, besonders auch die der ehemaligen

Kolonien — mit der einzigen Einschränkung, daß ihre Außenpolitik in Washington gebilligt werden muß, und militärische Stützpunkte außerhalb der eigenen Landesgrenzen der ganzen Menschheit dienen, wenn sie den Vereinigten Staaten gehören.

In dem Konflikt der beiden Prinzipien: universelle nationale Selbstbestimmung auf der einen Seite und amerikanische Sicherheit und Macht auf der anderen, überwog die Ideologie, als Nasser im Jahre 1956 die Aktionäre des Suezkanals enteignete und den für den gesamten Welthandel so wichtigen Wasserweg nationalisierte. Als einem kapitalistisch organisierten Gemeinwesen mußte den Vereinigten Staaten ein solcher Gewaltakt höchst unerwünscht sein, und nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern alle handeltreibenden Nationen waren daran interessiert, daß der Kanal nicht einem nationalistischen Abenteurer anvertraut wurde. Aber die Ideologie überwog. Eisenhower und Dulles fielen England und Frankreich in den Arm, als sie ihre Interessen am Kanal gewaltsam sichern wollten. Ganz anders stellen sich die Vereinigten Staaten zu der Forderung der Republik Panama, ihr den Panamakanal abzutreten, der mitten durch ihr nationales Territorium hindurchläuft und den Vereinigten Staaten als solchen gehört und nicht, wie ehedem der Suezkanal, einer privaten Aktiengesellschaft. Es kann keine Rede davon sein, daß diesem Verlangen in absehbarer Zeit entsprochen wird.

Kuba

Benjamin Franklin war nicht der einzige, der die Forderung stellte, die Vereinigten Staaten (bzw. England) sollten Kuba annexieren. Der gleiche Anspruch wurde im 19. Jahrhundert immer wieder erhoben, und als die Aufstände gegen die spanische Mißwirtschaft auf der Insel nicht aufhörten, erklärten die Vereinigten Staaten im Jahre 1898, daß sie in ihrer Nachbarschaft derartige chaotische Zustände nicht dulden könnten. («Wall Street» war einmütig gegen den Krieg.) Sie nahmen den Spaniern nach einem kurzen Feldzug die Insel (und dazu die Philippinen) ab und stellten es den Kubanern frei, sich ihre eigene Regierung zu wählen. Ganz unabhängig von den Vereinigten Staaten ist Kuba aber nie gewesen. Das sogenannte «Platt Amendment» gab den Vereinigten Staaten das Recht, zu intervenieren, falls die «Unabhängigkeit» Kubas (nach amerikanischer Ansicht) in Gefahr kommen sollte. Theodore Roosevelt erklärte im Jahre 1906, falls in Kuba Wahlen zu einer Farce werden und immer neue Aufstände ausbrechen sollten, dann sei es «vollkommen ausgeschlossen, daß die Insel ihre Unabhängigkeit behalten werde». Das Platt Amendment wurde 1934 zurückgezogen, aber die amerikanische Flotte hat nach wie vor einen Stützpunkt in Guantanamo. Hierfür wird jährlich ein nominaler Pachtzins bezahlt.

Der Konflikt zwischen der amerikanischen Ideologie der Völkerbeglückung auf der einen und der Rücksicht auf die — der eigenen Interpretation anheimgestellte — nationale Sicherheit auf der anderen Seite ist sehr deutlich zutage getreten, seitdem in Kuba Fidel Castro herrscht und sich mit Sowjetrußland eingelassen hat. Eine scharfe Stellungnahme gegen Castro ist von vielen Amerikanern, unter Berufung auf die Monroe-Doktrin, verlangt worden. Aber ganz abgesehen davon, daß es sich bei dieser Doktrin immer nur um eine einseitige Erklärung und nicht um Völkerrecht gehandelt hat, ist die Berufung auf die ursprüngliche Monroe-Doktrin im Konflikt mit Castro aus zwei Gründen unhaltbar. Erstens war die Erklärung Monroes im Jahre 1823 von der Feststellung begleitet, daß die Vereinigten Staaten sich ihrerseits von allen nicht-amerikanischen Händeln und Konflikten fernhielten. Das trifft heute nicht mehr zu. Amerika hat mit europäischen und asiatischen Staaten Bündnisverträge abgeschlossen und unterhält in vielen nichtkommunistischen Ländern militärische Stützpunkte. Zweitens hätte im 19. Jahrhundert eine Intervention der Heiligen Allianz den König von Spanien nur gegen den Willen des überwiegenden Teils der kolonialen Bevölkerung in Amerika wieder einsetzen können. Castro dagegen hat aus freien Stücken Sowjetrußland um Unterstützung gebeten.

In der Angelegenheit des Suezkanals siegte die Ideologie der Unabhängigkeitserklärung von 1776 über die als nicht übermäßig wichtig angesehenen amerikanischen Interessen; und überall ist das «Erwachen» der einstigen Kolonien von Amerika gefördert worden. Die amerikanischen Sympathien haben Indien und Indonesien, Nigerien und dem belgischen Kongo, Tunesien und Algerien gegolten. Als der algerische Revolutionär und erste Ministerpräsident Ben Bella im Oktober 1962, kurz vor dem Ausbruch der internationalen Kubakrise, nach Washington kam, wurde er mit den größten Ehren empfangen, und die höchsten amerikanischen Würdenträger erklärten ihre Sympathien für das endlich befreite Algerien. Dann kam die Kehrseite. Ben Bella flog von Washington nach Kuba, sprach dort von seiner und seines Volkes Sympathien für den manhaften Kampf der Kubaner gegen den «amerikanischen Imperialismus» und erklärte, so wie die Franzosen ihren algerischen Kriegshafen räumen sollten, müßten die Kubaner auf die Räumung der Bucht von Guantánamo durch die amerikanische Flotte dringen.

Als diese Rede in Washington bekannt wurde, unterzog die Regierung die geplanten amerikanischen Hilfsmaßnahmen für Algerien sofort einer gründlichen Revision.